



VAU

Verein für angewandten Umweltschutz e.V.
Berliner Straße 6 3250 Hameln Tel. 05151/51529

Reaktionen auf die Störfall-Enthüllung

Atommafia lügt wie gedruckt

In einer Ausgabe vom 20. April berichtete der SPIEGEL über eine Sammlung geheimgehaltener Störfallberichte aus Atomkraftwerken aus aller Welt, die von der "Internationalen Atomenergie-Agentur" (IAEA) angelegt worden ist. Einer der nun bekanntgewordenen Berichte schildert eine Panne im AKW Grohnde, die sich am 6.3.1985 zugetragen hat.

Was war passiert?

Bei einer Routine-Überprüfung wurde festgestellt, daß sich in einer der Sicherheitseinspeisepumpen größere Mengen von Gas angesammelt hatten und die Funktionsfähigkeit dieser Pumpe dadurch nicht gegeben war. Diese Sicherheitseinspeisepumpen sollen bei einem Leck in einer der Hauptkühlmittelleitungen dafür sorgen, daß der Reaktorkern notgekühlt wird und die dann drohende Katastrophe (Schmelzen des Reaktorkerns) verhindert wird.

Bei den nachfolgenden Untersuchungen der anderen drei Pumpen wurden in den entsprechenden Rohrleitungen ebenfalls Gasansammlungen gefunden.

Der Physiker Helmut Hirsch (Gruppe Ökologie Hannover), der die IAEA-Berichte für den SPIEGEL ausgewertet hat, faßte den Zwischenfall folgendermaßen zusammen:

"Wären die Pumpen im März 1985 nicht nur getestet, sondern tatsächlich benötigt worden, hätten sie nach 10 Minuten ihren Geist

aufgegeben. Das war der halbe Weg zur Kernschmelze."

Wie kaum anders zu erwarten, ließen die Grohnde-Betreiber diesen Bericht von der DWZ am 22.4. demontieren (siehe Kasten). Insbesondere bestreitet die Preussen-Elektra, daß alle vier Sicherheitseinspeisepumpen betroffen waren. "Nur eine Pumpe des Notkühlsystems von Störung betroffen" - so die

DWZ-Meldung. Und: Die drei verbliebenen Pumpen wären am 6. März 1985 in einwandfreiem Zustand gewesen. Offenbar haben die Herren "vergessen", was sie selbst in ihrem Bericht an die Aufsichtsbehörde geschrieben hatten:

"As a precautionary measure the three redundant safety injection pumps were also tested. They ran properly but during subsequent venting, gases were detected in

KKW-Betreiber weisen Bericht zurück: 22.4.87 DWZ

„Vermutung abwegig“

Nur eine Pumpe des Notkühlsystems von Störung betroffen

DWZ GROHND/HANNOVER. Spekulationen im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“, wonach bei einem Störfall im Kernkraftwerk Grohnde am 6. März 1985 der Reaktor auf „dem halben Weg zur Kernschmelze“ war, wurden gestern von der Betreiberfirma PreussenElektra als „völlig abwegig“ zurückgewiesen. „Die Sicherheit der Anlage war zu jeder Zeit gewährleistet“, erklärte die Pressesprecherin des Unternehmens gegenüber unserer Zeitung.

„Der Spiegel“ hatte ihm zugespielte Störfallberichte der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien ausgewertet. Ein Bericht bezog sich auf den Störfall am 6. März 1985 in Grohnde. Dabei war im Rahmen einer monatlichen Routineüberprüfung festgestellt worden, daß sich in einer der vier Sicherheitseinspeisepumpen des Notkühlsystems Gas gebildet hatte. Da sich angeblich auch in anderen Pumpen Gas gebildet hatte, folgerte ein vom Nachrichtenmagazin beauftragter Physiker, daß die Pumpen im Ernstfall spätestens nach „zehn Minuten ihren Geist aufgegeben“ hätten.

Diese Darstellung ist nach Auffas-

sung der PreussenElektra falsch. Die drei verbliebenen Pumpen wären am 6. März 1985 in einwandfreiem Zustand gewesen. Die Sicherheit der Anlage sei schon deshalb zu keiner Zeit in Frage gestellt gewesen, weil im Ernstfall maximal zwei Pumpen für das Notkühlungssystem benötigt würden. Die Annahme, die Störung hätte im Ernstfall zu einer Kernschmelze führen können, ist nach Auffassung der PreussenElektra irrig. „Das zeugt von erheblicher Unkenntnis über die technische Ausstattung des Kernkraftwerkes Grohnde“, erklärte die Pressesprecherin des in Hannover beheimateten Konzerns.

the respective lines of the safety injection system." (zitiert nach der englischen Fassung des Berichtes, wie er bei der IAEA in Wien vorliegt)

Übersetzt: "Als Vorsichtsmaßnahme wurden die drei redundanten Sicherheitseinspeisepumpen ebenfalls getestet. Sie liefen korrekt, beim nachfolgenden Entlüften wurden jedoch Gasansammlungen in den entsprechenden Leitungen des Sicherheitseinspeisesystems entdeckt."

Konfrontiert mit ihrem eigenen Bericht entpuppt sich also die "Richtigstellung" der Preussen-Elektra als pure Wortklauberei bzw. als schlichte Lüge:

Ob nun Gas in den Pumpen oder in ihren Zu- und Ableitungen vorhanden war, Tatsache ist und bleibt, daß es in dem entsprechenden Leitungsabschnitt vorhanden war und die Funktionsfähigkeit des Systems stark beeinträchtigt hat.

Im übrigen hatte auch der SPIEGEL ausschließlich von "Gas in den Leitungen" geschrieben.

Genauso dickfellig versuchte die Aufsichtsbehörde sich aus der Affäre zu ziehen.

In einer Anfrage an den mittlerweile zuständigen Umweltminister Remmers hatte die Landtagsfraktion der GRÜNEN im Februar dieses Jahres unter anderem wissen wollen:

"Waren auch redundante Systeme gleichzeitig in irgendeiner Form beeinträchtigt oder bestand Gefahr einer Beeinträchtigung der Funktion redundanter Systeme, insbesondere weiterer gleichartiger Pumpen...? Konnten die Ursachen der Störungen ...zweifelsfrei im Detail festgestellt werden?"

Die lapidare Antwort:

"Redundante Systeme waren nicht

beeinträchtigt...Ja, die Ursachen wurden in allen Fällen zweifelsfrei festgestellt."

Wie weit auch diese Auskünfte von der Wahrheit entfernt sind, zeigt ein abermaliger Blick in den IAEA-Report:

"As the source for the gas intrusion could not be clearly identified, measures against all anticipated causes will be taken at the Grohnde NPP."

Auf deutsch:

"Da der Ursprung des Eindringens von Gas nicht eindeutig identifiziert werden konnte, werden am Grohnder AKW Maßnahmen gegen alle vermuteten Ursachen getroffen." Eine dieser Maßnahmen besteht im übrigen darin, daß bestimmte vorbeugende Tests statt einmal im Monat zukünftig nur noch einmal im Jahr durchgeführt werden sollen! ("The optional feed path (feeding into the cold/hot leg) will be

Redundanz bedeutet in diesem Zusammenhang, daß von den vorhandenen vier Pumpen entsprechend der Sicherheitsauslegung des AKW bereits maximal zwei ausreichen, um das Notkühlssystem ordnungsgemäß betreiben zu können. Die übrigen zwei Pumpen werden als redundant bezeichnet.

tested only once a year instead of once a month.")

Doch zurück zur Lüge des Ministers Remmers: Daß diese nicht auf mangelnder Information beruht, wird deutlich, wenn man sich den vorgeschriebenen Berichtsweg bei "besonderen Vorkommnissen" in bundesdeutschen Atomkraftwerken ansieht. Die AKW-Betreiber müssen nämlich solche Ereignisse zunächst an ihre Aufsichtsbehörde, in diesem Fall an das Niedersächsische Ministerium

für Bundesangelegenheiten (seit 1986 an das Niedersächsische Umweltministerium) melden. Von dort wurde der Bericht an den Bundesinnenminister (seit 1986 an den Bundesumweltminister) weitergeleitet. Dieser wiederum gibt ausgewählte Störfallberichte an die OECD in Paris weiter, die diese dann der IAEA in Wien zukommen läßt.

Mit anderen Worten: Der von uns zitierte IAEA-Report ist keineswegs ein eigenständiger Bericht, der von Grohnde direkt nach Wien gegangen ist, sondern lediglich die ins englische übersetzte Fassung der ursprünglichen Meldung, wie sie auch Hasselmann/Remmers bzw. Zimmermann/Wallmann vorgelegen hat. Die Aufsichtsbehörden können sich also nicht hinter Unkenntnis der Sachlage verstecken; wenn sie Verlautbarungen abgeben, die dem tatsächlichen Sachverhalt widersprechen, kann man das nur mit dem Begriff Lüge kennzeichnen.

Vor wenigen Wochen erklärte nun der Leiter der Referatsgruppe 31 - Kernenergie - im Niedersächsischen Umweltministerium, Horst-Wilbrand zur Horst, der IAE-Report sei falsch; es werde eine Richtigstellung durch die IAE verlangt. Wie in Anbetracht des oben beschriebenen Berichtsweges die verschiedenen Ausfertigungen ein und desselben Dokumentes plötzlich unterschiedliche Inhalte aufweisen können, auf die Erklärung dieses Phänomens darf man wohl mit Spannung warten.

Wie üblich haben Politiker und Verwaltungen vor Ort zu diesem erneuten Skandal geschwiegen. Wir halten dies für genauso unerträglich wie die Vertuschungsversuche von Betreibern und Aufsichtsbehörde. Wir möchten es deshalb nicht versäumen, auf die nächste Sitzung des Kreistages hinzuweisen. Dort wollen die Abgeordneten der GRÜNEN eine Anfrage zu dem Vorfall vom 6.3.1985 und zu den Auskünften der Landesregierung stellen. Man wird gespannt sein dürfen, wie die Kreisverwaltung zu den Vorkommnissen im AKW Grohnde, an dem der Landkreis ja Über Wesertal mitbeteiligt ist, Stellung nehmen wird. Wir können jedem besorgten Bürger jedenfalls nur raten, sich dies nicht entgehen zu lassen.

Kreistagssitzung am 23. Juni um 15 Uhr

Handelslehranstalt
Hameln, Mühlenstraße

Mißgeburten nach Tschernobyl

Erst am Anfang der Katastrophe?

Bereits vier Wochen nach dem Super-GAU von Tschernobyl verkündete Rita Süssmuth, Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit und einmal Hoffnungsträgerin für viele Frauen in diesem Land, in ihrer Informationschrift "Nach Tschernobyl - Antworten auf 21 Fragen" (1):

Nach einhelliger Meinung aller befragten Wissenschaftler ist die mögliche Strahleneinwirkung so gering, daß keine Frau - selbst in hochbelasteten Gebieten - wegen Tschernobyl um ihr ungeborenes Kind fürchten muß."

Doch die Wirklichkeit holte die Ministerin sehr viel schneller und brutaler ein als selbst diejenigen, die ihr damals nicht glauben mochten, befürchtet hatten.

Eine der ersten Meldungen betraf das Gebiet um den Unglücksreaktor selbst. Der amerikanische Knochenmarkspezialist Robert Gale, der zahlreichen sowjetischen

rahlenopfern Knochenmark übertragen hat, äußerte laut dem US-Nachrichtenmagazin "Newsday" im Januar 1987 die begründete Vermutung, daß einige Hunderte der im Winter in der Ukraine geborenen Babys aufgrund der Strahlenbelastung mit irreparablen (= unheilbaren) Hirnschäden auf die Welt gekommen sein dürften.

Das war eine Vermutung, die ganz gewiß das Mitgefühl vieler Menschen anührte, aber doch nicht allzu überraschend kam...

Im Februar 1987 berichtete die deutsche Zeitschrift "Psychologie heute" unter Hinweis auf Nachforschungen und Informationen des türkischen Nachrichtenmagazins "NOKTA" vom 28.12.1986 über eine überraschend

hohe Zahl von Mißgeburten in der westlichen Türkei, einer der nach Tschernobyl am höchsten belasteten Regionen (2).

Allein im November 1986 wurden in den Krankenhäusern von Dürzce (westl. Schwarzmeerküste) 10 Babys mit einer Anencephalus-Mißbildung geboren, bei der die mißgebildete Hirnmasse außerhalb der Schädeldecke liegt. Weitere Babys kamen mit anderen schweren Mißbildungen wie Zyklopie ("Rundäugigkeit" = nur ein Auge in der Stirnmitte) und Hydrocephalus ("Wasserkopf") zur Welt. Dr. Faruk Tezer, Chefarzt einer Privatklinik in Dürzce, hat einen Teil dieser Fälle sorgfältig untersucht (Schwangerschaftsverlauf, Familiengeschichte, regionale Bedingungen) und dokumentiert und außer der Tschernobyl-Radioaktivität keine Erklärung für das gehäufte Auftreten der Anomalien finden können. Rechnet man vom Geburtszeitpunkt zurück, so fällt der Tschernobyl-Unfall in eine Entwicklungsphase, in der das Zentrale Nervensystem des ungeborenen Kindes sehr leicht beeinflußt und geschädigt werden kann.

Aus Edirne und Umgebung (südwestl. Schwarzmeerküste) wurde ebenfalls eine deutliche Zunahme von Mißbildungen bei Neugeborenen sowie von Tot-, Fehl- und mißgeburten bekannt. Allerdings haben die türkischen Behörden den Ärzten in den staatlichen Krankenhäusern verboten, Informationen weiterzugeben, und ertheilen selbst auch keine Auskunft.

Über die "Psychologie heute" hinaus hat kaum eine deutsche Zeitung die grauenvollen Erlebnisse der Menschen in der West-

türkei einer Meldung wert befunden. Interessant war allenfalls noch, daß radioaktiv verseuchter Tee und Haselnüsse aus derselben Region an unseren Grenzen zurückgewiesen wurden.

Doch in den letzten Monaten und Wochen haben sich die Hinweise darauf verdichtet, daß auch die Bundesrepublik Deutschland aus der Tschernobyl-Wolke nicht so glimpflich herausgekommen sein durfte, wie uns die Regierung von Anfang an glauben machen wollte.



Horror-Bilder aus bayerischen Ställen

Seit einiger Zeit melden deutsche Bauern und Viehzüchter eine erhöhte Zahl von Mißbildungen bei Kälbern und Ziegen, für die sie keine Erklärung wissen.

Im Januar dieses Jahres stellt der Münchner Kinderarzt Dr. Klaus Waldenmeyer in seinem Labor für genetische Diagnostik eine zwei- bis dreifache Erhöhung der Trisomie 21-Fälle (Mongolismus oder Down-Syndrom) bei Neugeborenen fest.

Wenig später wird bekannt, daß unter den im Januar in Westberlin geborenen Kindern 10 Fälle von Trisomie 21 aufgetreten sind (im Mittel sind es in Westberlin 2 Fälle pro Monat).

9 Monate nach Tschernobyl tritt ein genetischer Defekt gehäuft auf, der auf eine Schädigung der elterlichen Geschlechtszellen

noch vor der Befruchtung zurückgeht!

Die daraufhin massiv einsetzenden Recherchen und Berichte von Journalistinnen und Journalisten verschiedener bundesdeutscher Medien veranlassen Prof. Dr. Karl Sperling, Biologe am Institut für Humangenetik der Freien Universität Berlin und Mitglied der Strahlenschutzkommission der Bundesregierung, nach anfänglicher Distanz eine Häufung der Chromosomenanomalie einzuräumen und eine bundesweite Erhebung bei 40 humangenetischen Instituten und Untersuchungsstellen in der Bundesrepublik zu initiieren. Erste Ergebnisse veröffentlicht er in einer Studie Anfang April. Darin deutet er einen möglichen Zusammenhang zwischen der Trisomie 21-Häufung und der Strahlenbelastung durch Tschernobyl an und weist auf die Notwendigkeit einer europaweiten Untersuchung hin.

In der Folge davon wird Sperling zur Strahlenschutzkommission nach Bonn zitiert, wobei deutlich wird, so Sperling, "daß die Strahlenschutzkommission alles sehr viel niedriger wertet als ich." Entsprechend geht er kurz darauf vor der Presse erneut auf Distanz und betont, daß es bislang "keinen Beweis" für einen Zusammenhang gebe, versichert aber gleichzeitig, daß er die Frage nach möglichen Tschernobyl-Folgen nicht auf sich beenden lassen werde.

Die Folgen von Umweltkatastrophen wie dem Super-GAU von Tschernobyl, lassen sich mit den herkömmlichen wissenschaftlichen Methoden kaum erfassen.

Umso notwendiger sind daher flächendeckende Untersuchungen über die radioaktive Belastung der betroffenen Gebiete und breite epidemiologische Studien über Art, Ausmaß und Verbreitung möglicher gesundheitlicher Schädigungen. Das Versprechen dazu hat Gesundheitsministerin Süßmuth schon in ihrer Informationsschrift gegeben, bis heute aber nicht eingelöst. Aus guten Gründen: Ergeb-

nisse aus solchen Untersuchungen könnten möglicherweise die Bevölkerung erneut in Unruhe versetzen und die Diskussion um die Abschaltung von Atomanlagen wieder aufleben lassen. Die Forderung nach umfassenden Untersuchungen haben unabhängige Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bereits in den ersten Tagen nach der Katastrophe erhoben - und sich längst an die Arbeit begeben.



Veranstaltung

Mögliche Tschernobyl- Folgen bei Neugeborenen

Dienstag, 23. Juni 1987

Aula der **20 °° UHR**

Wilhelm-Raabe-Schule

Hameln, Lohstraße

es spricht:

Jannes Kazuomi Tashiro

(Berlin)



So arbeitet das Umweltinstitut München unter Dr. Eckhard Krüger an einem bundesweiten Strahlentaster.

Andere unabhängige wissenschaftliche Institute und Arbeitsgruppen, Bürgerinitiativen und Elterngruppen befassen sich unter verschiedenen Aspekten mit möglichen Gesundheitsschäden.

Eine Reihe von Organisationen hat unter der Federführung der Unabhängigen Strahlenmeßstelle Berlin sowie Berliner und Kieler Elterinitiativen eine bundes-

weite Fragebogenerhebung zu möglichen Tschernobylfolgen bei Neugeborenen eingeleitet.

Der VAU beabsichtigt, diese Untersuchung im Bereich des Landkreises Hameln-Pyrmont durchzuführen. Das sieht bislang so aus, daß wir Fragebogen an alle niedergelassenen Gynäkologen/-innen, Hebammen und Kinderärzte/-innen sowie an die geburtshilflichen Abteilungen der Krankenhäuser verschickt haben. Zum andern fordern wir alle Mütter und Väter, die sich von dem Problem betroffen fühlen, auf, sich mit uns in Verbindung zu setzen bzw. sich an der Erhebung zu beteiligen.

Durch solche Untersuchungen kann das persönliche Leid von Eltern und Kindern nicht behoben werden. Solche Untersuchungen können aber dazu beitragen, daß die Folgen atomarer Unfälle und Katastrophen nicht länger verdrängt, verharmlost und vergessen werden.

Über diese ersten Schritte hinaus ist es uns gelungen, zu unserer aller Information und zur Unterstützung der Fragebogenaktion Jannes Kazuomi Tashiro (Berlin) als Referenten für eine Veranstaltung zu gewinnen.

Jannes K. Tashiro, japanischer Journalist und Autor, lebt und arbeitet seit Jahren in Berlin. Zusammen mit seiner Frau Elke Tashiro verfaßte er das Buch "Hiroshima. Menschen nach dem Atomkrieg" (dtv 1982). Jannes K. Tashiro ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der Unabhängigen Strahlenmeßstelle Berlin und einer der Initiatoren der Fragebogenerhebung.

(1) Eine kritische Auseinandersetzung mit dieser Informationschrift findet sich in: Ekkehard Sieker (Hg.), Tschernobyl und die Folgen Lamuv-Verlag Bornheim 1986

(2) Die Sonderbeilage der "Psychologie heute" (2/87) kann beim VAU gegen Voreinsendung von DM 2,10 (Kopien + Porto) bezogen werden.